

Christoph Purschke

Let's make all happy

Zur gesellschaftlichen Funktion von Sprachenpolitik

Sprache in Luxemburg ist ein Politikum. Das ließ sich bereits an der Debatte über die Petitionen 698 und 725 ablesen, ebenso wie an den darauf folgenden sprachpolitischen Initiativen seitens der Regierung (u.a. 40-Punkte-Plan und Zentrum für das Luxemburgische). Und auch die kürzlich verkündete Zusammenarbeit der adr mit der Nee 2015/Wee 2050-Gruppierung im Vorfeld des anstehenden Wahlkampfes macht deutlich, dass und wie derzeit nicht nur für, sondern vor allem mit Sprache Politik gemacht wird. Im Vordergrund steht dabei zum Einen die Rolle der hiesigen Sprachen als Integrationsmittel, etwa in der frühkindlichen und schulischen Vermittlung, daneben aber auch die Bedeutung des Luxemburgischen als nationales Identifikationssymbol in einer an identitären Ankerpunkten armen, multikulturellen Gesellschaft.

Dabei werden unter dem Deckmantel der Sprache derzeit eine ganze Reihe gesellschaftlicher Streitfragen ausgetragen, die sich in erster Linie darum drehen, ob und wie lange angesichts des sozioökonomischen Strukturwandels des Landes das sozialstaatliche Versprechen auf Wohlstand und Sicherheit für alle noch aufrecht erhalten werden kann. Dies betrifft die wachsende Anzahl ausländischer Mitbürger*innen

ebenso wie die händeringende Suche nach einer nationalen Identität – die von der Regierung im Rahmen des ‚nation branding‘ recht unverblümt zu einer Markenentwicklung umgewidmet wurde.

Diese Situation möchte ich zum Anlass nehmen, um nach der gesellschaftlichen Funktion von Sprachenpolitik zu fragen. Wir leben in einer zunehmend komplexen und von vielen Menschen als unüber-

Unter dem Deckmantel der Sprache werden derzeit eine ganze Reihe gesellschaftlicher Streitfragen ausgetragen.

sichtlich empfundenen Welt, in der viele einst sicher geglaubte Orientierungspunkte für das Individuum (z.B. Zugehörigkeit zu einer Nation, Sprach- und/oder Sozialgemeinschaft) nicht mehr zu gelten scheinen und damit auch das individuell Erreichte in einer nach ökonomischen Prinzipien organisierten Gesellschaft unter dem ständigen Vorbehalt seiner baldigen Entwertung steht.

Unter diesen Bedingungen scheint der politischen Kuratierung individueller Sorgen zunehmende Bedeutung zuzuwachsen, besonders wenn sie – gefühlt – ausbleibt. Der Soziologe Heinz Bude (2014, 19) bringt diesen Umstand auf die Formel, „dass wir heute einen Wechsel im gesellschaftlichen Integrationsmodus vom Auf-

stiegsversprechen zur Exklusionsdrohung erleben“.¹

Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen soll deshalb der derzeit viel diskutierte Gegensatz von *globaler* vs. *lokaler* Orientierung sein, der die alte Dualität von progressiv vs. konservativ ablöst. Er beschreibt den Umstand, dass viele eher junge, eher gut ausgebildete, international orientierte Menschen solchen (eher älteren, eher weniger gebildeten) gegenüberstehen, die versuchen, „einen festen Pflock nationaler Kultur- und Traditionsgemeinschaft in den egalisierenden Treibsand der Globalisierung einzuschlagen.“² Auch wenn diese Erklärung ein wenig pauschal daherkommt, so spiegelt sich in ihr doch vieles, was auch den luxemburgischen Sprachendiskurs prägt: die Konfrontation von (eher lokal orientierten) Bürger*innen, die in rasantem Wachstum und zunehmender Internationalisierung eine Gefahr für traditionelle Lebensformen und kulturelle Verankerung sehen, mit (eher global ausgerichteten) Bürger*innen, für die die Frage nach der eigenen Identität weniger an nationalen Symbolen denn an persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten und individueller Lebensfreude hängt.

Handlungshorizonte von Sprachenpolitik

Um nun zu beurteilen, welche Funktion Sprachenpolitik im Konflikt zwischen lokaler und globaler Orientierung ausüben

Christoph Purschke arbeitet als Soziolinguist an der Universität Luxemburg. Er interessiert sich besonders für den Zusammenhang von Sprache, Handeln und Kultur und mag keine Selbstbeschreibungen.



Die Kampagne *schreiwien.lu* zur luxemburgischen Rechtschreibung startete am 23. Januar 2017.

kann, müssen wir uns zunächst einen Überblick über ihre Handlungsfelder verschaffen. Allgemein lässt sich Sprachenpolitik als das Gesamt der durch Regelungen (z.B. Gesetzgebung) oder Maßnahmen (z.B. Kampagnen) festgelegten Richtlinien für den Sprachgebrauch in einer Gemeinschaft verstehen. Damit betrifft Sprachenpolitik einerseits staatliche Institutionen, aber auch das private Aushandeln von erwünschtem Sprachgebrauch in Betrieben oder Facebook-Gruppen lässt sich als sprachpolitisches Handeln deuten. Solche Handlungen werden von verschiedenen Akteur*innen zu unterschiedlichen Zwecken und vor dem Hintergrund spezifischer Überzeugungen vollzogen. Wir können also Sprachenpolitik unter Rückgriff auf Unterscheidungen aus der Handlungstheorie in Bezug auf drei

sogenannte Horizonte befragen, daraufhin nämlich, wie sie praktisch vollzogen wird, durch welche Zwecke sie motiviert ist und wie sie ideologisch legitimiert wird.

Betrachten wir zunächst den *Vollzugshorizont*. Dieser beschreibt die praktische Umsetzung von Maßnahmen, die auf eine konkrete Veränderung eines Aspekts der Sprachpraxis ausgerichtet sind und diese herbeiführen (sollen). Als solche können sie gelingen oder misslingen. Der *Zweckhorizont* von Handlungen beschreibt die Ziele, auf die Handeln ausgerichtet ist und zu denen die Handlung selbst das Mittel darstellt. Damit beschreibt er die erwünschten Auswirkungen von sprachpolitischen Maßnahmen, die sich als Erfolg oder Misserfolg bestimmen lassen. Der *Legitimationshorizont* zuletzt

betrifft die Frage nach der Begründung für Handlungen. Menschen handeln aus spezifischen Haltungen heraus, verfügen also über Einstellungen und Meinungen, die als Rechtfertigung des eigenen Tuns dienen und die symbolische Aufladung einer Handlung bestimmen. Man kann hier zwischen abgrenzenden und aufhebenden Motiven unterscheiden.³

Für Sprachenpolitik bedeutet das, dass – je nach Art der Handlung – mal der Vollzug selbst, mal die bezweckten Auswirkungen oder die symbolische Bedeutung im Vordergrund stehen können. So wäre beispielsweise die Anerkennung des Luxemburgischen als offizielle EU-Sprache eine Maßnahme, die vor allem auf symbolischer Ebene anzusiedeln ist, da damit für Luxemburger*innen zwar bestimmte Rechte gegenüber den Organen der EU verbunden wären, ohne dabei jedoch größere praktische Konsequenzen nach sich zu ziehen. Die Einführung von Luxemburgisch als Alphabetisierungssprache hingegen wäre in erster Linie durch ihre praktischen Auswirkungen (und die darin eingeschlossenen Zwecke) bestimmt.

Sprachenpolitik und Zugehörigkeit in Katalonien

Am Beispiel der Region Katalonien lässt sich, auch wegen vielfältiger Assonanzen zum luxemburgischen Diskurs, veranschaulichen, wie sich die Handlungshorizonte von Sprachenpolitik nachhaltig verschieben können. Das Katalanische steht dort als in der Region traditionell verwurzelte Sprache in einem komplexen Spannungsverhältnis mit dem Spanischen als Sprache des Staates.

Dabei ist Katalanisch zwar heutzutage in offiziellen Kontexten als Alltags- und Unterrichtssprache funktional positiv besetzt, zudem in der sprachlichen Landschaft (z.B. auf Schildern) stark präsent, allerdings zeigen nach Joan Pujolar (2010, 231) viele Sprecher*innen im Kontakt mit Zugezogenen weiterhin ein Verhalten, wie es vor allem für Minderheitensprachen typisch ist: Während untereinander Katalanisch gesprochen wird, erfolgt der Kontakt zu Zugezogenen fast ausnahmslos auf Spanisch, so dass diese (als Folge der sprachlichen Ausgrenzung) häufig zuerst Spanisch

lernen, nicht Katalanisch. Verkompliziert wird dieser Diskurs zusätzlich durch seine Einbettung in eine gesamtspanische Praxis, in dem viele Einwohner*innen Kataloniens nicht nur um ihre sprachliche Identität, sondern auch um politische Teilhabe und kulturelle Selbstbehauptung fürchten, wie die jüngsten Turbulenzen rund um das Unabhängigkeitsreferendum eindrucksvoll beweisen.

Dennoch erlebt der Diskurs über das Katalanische in den letzten Jahren eine interessante Verschiebung der ideologischen Grundlagen für Sprachenpolitik: Während in älteren Beiträgen vor allem Aspekte der ‚natürlichen‘ Zugehörigkeit zur Sprachgemeinschaft (durch Abstammung oder Herkunft) im Mittelpunkt standen, zeigt sich nach Kathryn Woolard (2016) in neueren Diskussionen ein Verständnis sprachlicher Authentizität, das auf Begriffen der sozialen Integration beruht (im Sinne eines Prozesses oder Ziels).

Damit einher geht eine Verschiebung des Zweckhorizonts für Sprachenpolitik: Der Erwerb und die Funktion der Sprache werden weniger als Voraussetzung einer erfolgreichen Integration verstanden denn als ihr Mittel. Auffällig ist zudem, dass auch im Vollzug sprachpolitischer Handlungen Motive zum Ausdruck kommen, die diese Neuausrichtung des Diskurses spiegeln: So finden sich laut Lucas Duane (2018, 141) in aktuellen Kampagnen kaum je Bezüge auf das Katalanische als „eigene“ oder „unsere“ Sprache (der Einheimischen) im Sinne eines identitären Symbols. Stattdessen werden die Offenheit und Universalität der Sprache als Hilfsmittel zur Organisation der Praxis in den Vordergrund gerückt.

Orientierung in einer komplexen Lebenswelt

In beiden Diskursen, dem katalanischen wie dem luxemburgischen, zeigt sich damit ein Moment, das derzeit auch die Diskussion um die Frage nach der Bedeutung von Identität und kultureller Zugehörigkeit in einer globalisierten Welt bestimmt. In vielen Ländern lässt sich eine gesellschaftliche Tektonik beobachten, die die Idee von Multikulturalität und sozialer Kohäsion nachhaltig in Frage stellt.

Ob in Polen, den U.S.A., in Frankreich, Deutschland oder zuletzt Italien; überall formieren sich in der Bevölkerung (oder sogar der Regierung) Gruppierungen, die – teilweise aggressiv – eine Re-Nationalisierung von (Sprachen)Politik und Re-Naturalisierung kultureller Zugehörigkeit einfordern.

Zur Erklärung dieses Phänomens werden dabei unterschiedliche Gründe angeführt. Folgt man beispielsweise den soziologischen Analysen von Heinz Bude oder Oliver Nachtwey (2016), so kommen in diesen Bewegungen vor allem Motive der Angst (vor dem sozialen Abstieg, vor Übervorteilung) zum Ausdruck. Angesichts einer komplexen Lebenswelt, die von einer durchgreifenden Ökonomisierung und Entgrenzung aller Lebensbereiche gekennzeichnet ist, geht dies in einem fortschreitenden Orientierungsverlust vieler Menschen einher. Dieser schlägt angesichts aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen (z.B. Migration, Auseinanderdriften sozialer Milieus, Stagnation des Wohlstandsniveaus) zusehends in eine Verbitterung über einen Mangel an Anerkennung für individuell erbrachte Leistung um (Honneth 1994) und bricht sich Bahn in Form regressiver sozialer Positionierungen (z.B. der Pegida-Bewegung in Deutschland), die den als bevormundend empfundenen gesellschaftlichen Konsens offen infrage stellen oder gar aufkündigen.

Diese Mischung aus Orientierungsverlust, sozialer Statusangst und dem Gefühl mangelnder Anerkennung bildet die jüngste Variante eines Grundproblems moderner Gesellschaften: der Suche nach individueller Orientierung in einer unübersichtlichen Welt. Egal ob man in diesem Zusammenhang die Revitalisierung konservativer Konzepte wie Nation, Volk oder Heimat betrachtet, das Bedürfnis vieler Menschen nach externer Validierung des eigenen Selbst – sei es durch medial vermittelte Formen sozialer Anerkennung wie *Likes* auf *Facebook* oder Daten von Fitness-Armbändern (Bernard 2017) – oder die Tendenz, das Besondere anstelle des Allgemeingültigen zum Ideal der Selbstverwirklichung zu erheben (Reckwitz 2016); in all diesen Facetten sozialer Gegenwart können wir den Versuch des oder der Einzelnen erkennen, Orientierung und

kulturelle Verankerung in einer komplexen Lebenswelt zu sichern.

Wie wir gesehen haben, kann sich dieses Bestreben individuell in gänzlich unterschiedlichen Strategien (z.B. globale vs. lokale Orientierung) und dazugehörigen Mitteln (z.B. pragmatische vs. naturalistische Sprachauffassung) niederschlagen.

Sprachenpolitik zwischen Integration und Identität

Was lässt sich aus dieser Diagnose nun in Bezug auf unsere Ausgangsfrage nach der gesellschaftlichen Funktion von Sprachenpolitik in Luxemburg schließen? Derzeit bestimmen, etwas vereinfacht, vor allem zwei Gruppen die öffentliche Debatte: Auf der einen Seite stehen Bürger*innen, die in einer nationalen Idee kultureller Zugehörigkeit Halt suchen und diese gegen Einflüsse von außen verteidigen wollen. Diese Position ist geprägt von einer lokalen Orientierung verbunden mit einer naturalistischen Vorstellung von Luxemburgisch als Sprachgemeinschaft qua Herkunft („eis Sprouch“).⁴ Auf der anderen Seite finden sich Positionen, die sich in erster Linie über ihre Orientierung an einer globalen Transkulturalität definieren und dabei das Luxemburgische im Gefüge der Mehrsprachigkeit als Hilfsmittel für soziale Integration sehen.

Zwischen diesen beiden Lagern vermittelt eine Sprachenpolitik von Seiten der Regierung, die versucht, den Bedürfnissen beider Gruppen zu entsprechen und dabei sowohl das Luxemburgische wie die Mehrsprachigkeit strukturell zu fördern. Das zeigt sich in der Neuorganisation der frühkindlichen Sprachenförderung ebenso wie in den Bemühungen um die politische wie gesellschaftliche Institutionalisierung des Luxemburgischen als ‚Erfolgsmodell‘ (Claude Meisch).

Unabhängig von der Frage, ob dabei die einzelnen Maßnahmen erfolgreich sind oder nicht, zeichnet sich damit für die luxemburgische Sprachenpolitik eine Verdoppelung der Handlungshorizonte ab (zudem eine, die zugleich die Sorgen der Bevölkerung aufgreifen und dabei im Wahljahr politisches Kapital heraus schlagen soll). Es verbindet sich hier die

Forderung nach einem konsequenten Ausbau der Mehrsprachigkeit als einem praktischen Erfordernis einer multikulturellen Gesellschaft mit einer zunehmenden Aufladung des Luxemburgischen als kulturellem Ankerpunkt und nationalem Symbol.

Dies führt zu einer Situation, in der für die Sprachförderung zwar beträchtliche Ressourcen mobilisiert werden, dabei aber Strukturen entstehen, die – sowohl institutionell wie in den Einstellungen vieler Sprecher*innen – dem Luxemburgischen im Rahmen der Mehrsprachigkeit zunehmend die Rolle einer Minderheitensprache zuweisen,⁵ auch angesichts der sprachdemographischen Entwicklung. Zwar steigt die Zahl der Menschen, die Luxemburgisch lernen und sprechen, stetig, gleichzeitig nimmt der Anteil des Luxemburgischen am Sprachgebrauch insgesamt jedoch tendenziell ab, weil die Bevölkerung durch Zuzug schneller wächst als die Zahl der Sprecher*innen und viele Zugezogene sich kaum mehr als (die für den Erwerb der Staatsbürgerschaft nötigen)

Basiskenntnisse des Luxemburgischen aneignen. Auch angesichts der Förderstrukturen im schulischen Kontext wie der Erwachsenenbildung erwartet uns also – bei gleichzeitiger symbolischer Aufwertung des Luxemburgischen – in der Zukunft eher mehr als weniger Mehrsprachigkeit. Deshalb ist auch derzeit nicht abzusehen, ob und wie lange dieser sprachpolitische Balanceakt gelingen kann.

Ein Blick auf die aktuelle sprachliche Orientierung luxemburgischer Student*innen⁶ lässt zudem vermuten, dass der Sprachenpolitik hierzulande auf absehbare Zeit ganz andere Herausforderungen bevorstehen: Für die junge Generation spielt nämlich neben dem Luxemburgischen als Alltagssprache vor allem das Englische eine große Rolle für die individuelle kulturelle Orientierung. Diese Dynamik und ihre Auswirkungen auf das komplexe Gefüge der luxemburgischen Mehrsprachigkeit sind in der Diskussion bislang noch kaum beachtet worden. ♦

1 Dazu ist anzumerken, dass solche Entwicklungen auf Luxemburg zwar prinzipiell zutreffen, Ausmaß und Tonlage der Unzufriedenheit infolge des überdurchschnittlichen Wohlstandsniveaus aber noch vergleichsweise moderat sind, auch weil die Diskussion um das Luxemburgische die Funktion eines Stellvertreterdiskurses übernimmt: Man streitet über Sprache, anstatt offen über soziale Kohäsion oder Ausländerfeindlichkeit zu diskutieren.

2 Jens Jessen, „Armes deutsches Würstchen“, in: *Die Zeit* 37/2017, <http://www.zeit.de/2017/37/wahlkampf-debatte-globalisierung-sprache> [09.03.2018].

3 Abgrenzende Motive zielen auf die Ausgrenzung bestimmter Akteur*innen, Institutionen oder Funktionen in der Gesellschaft, also z.B. Außenstehender (Zugezogene) aus einer Gruppe (Wahlberechtigte). Aufhebend sind demgegenüber solche Motive, die das Gegenteil bezwecken, also die Herstellung von Gruppenzugehörigkeit verfolgen.

4 Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die dem Luxemburgischen zugeschriebenen Eigenschaften als ‚ehrbar‘ oder ‚bodenständig‘, die man in Diskussionen über die Sprache häufig hört und in denen man leicht die Projektion eines Selbstbilds auf die Sprache lesen kann.

5 Zu den Schwierigkeiten der wissenschaftlichen Beschreibung des Luxemburgischen als Minderheitensprache vgl. Horner & Weber (2008, 82–83).

6 Diese wurde im Rahmen eines Seminars an der Universität Luxemburg in Form von sprachlichen Selbstbeobachtungen (Sprachtagebücher) erhoben.

Die Initiative und Online-Bürgerplattform *Sproocheronn.lu* zur Förderung der luxemburgischen Sprache wurde am 22. Februar 2018 vorgestellt.



Literatur

Bernard, Andreas, *Komplizen des Erkennungsdienstes. Das Selbst in der digitalen Kultur*, Frankfurt, S. Fischer, 2017.

Bude, Heinz, *Gesellschaft der Angst*, Hamburg, Hamburger Edition, 2014.

Duane Bernedo, Lucas, *The Institution of Linguistic Dissidence in the Balearic Islands: Ideological Dynamics of Catalan Standardisation*, Université du Luxembourg, Dissertation, 2018.

Honneth, Axel, *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt, Suhrkamp, 1994.

Horner, Kristine & Jean Jacques Weber: „The Language Situation in Luxembourg“, in: *Current Issues in Language Planning* 9/1, 69–128, 2008.

Nachtwey, Oliver, *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin, Suhrkamp, 2016.

Pujolar, Joan, „Immigration and language education in Catalonia: Between national and social agendas“, in: *Linguistics and Education* 21, 229–243, 2010.

Reckwitz, Andreas, *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Frankfurt, Suhrkamp, 2016.

Woolard, Kathryn, *Singular and Plural: Ideologies of Linguistic Authenticity in 21st Century Catalonia*, New York, Oxford University Press, 2016.